



## UNIQA Insurance Group AG

18. ordentliche Hauptversammlung vom 29. Mai 2017

### Beschlussvorschläge des Vorstands

#### 1. Tagesordnungspunkt 1

**Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses von UNIQA Insurance Group AG zum 31.12.2016, des Lageberichts und des Konzernlageberichts des Vorstands, des Corporate Governance Berichts des Vorstands sowie des Vorschlags des Vorstands für die Gewinnverwendung mit dem Bericht des Aufsichtsrats gemäß § 96 AktG je für das Geschäftsjahr 2016.**

*Kein Antrag und keine Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt.*

#### 2. Tagesordnungspunkt 2

**Beschlussfassung über die Verwendung des im Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31.12.2016 ausgewiesenen Bilanzgewinns.**

Der Vorstand der Gesellschaft schlägt gemäß § 108 Abs 1 AktG vor, dass die Hauptversammlung folgenden Beschluss fasse:

*„Der Bilanzgewinn des Jahres 2016 in Höhe von 151.949.829,25 Euro wird wie folgt verwendet: Ausschüttung einer Dividende von 49 Cent auf jede der dividendenberechtigten Stückaktien (309.000.000 zum 31. Dezember 2016 ausgegebene Stückaktien abzüglich am Tag der Beschlussfassung von der Gesellschaft unmittelbar gehaltener eigener Aktien) im anteiligen Wert zum Grundkapital von je 1,00 Euro. Der verbleibende Restbetrag soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.“*

#### 3. Tagesordnungspunkt 3

**Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2016.**

Der Vorstand der Gesellschaft schlägt gemäß § 108 Abs 1 AktG vor, dass die Hauptversammlung folgenden Beschluss fasse:

*„Den Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft (im Geschäftsjahr 2016) wird für das Geschäftsjahr 2016 die Entlastung erteilt.“*

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Gesellschaft schlagen gemäß § 108 Abs 1 AktG ferner vor, dass die Hauptversammlung folgenden Beschluss fasse:

*„Den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Gesellschaft (im Geschäftsjahr 2016) wird für das Geschäftsjahr 2016 die Entlastung erteilt.“*

#### **4. Tagesordnungspunkt 4**

##### **Beschlussfassung über Taggelder und Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrats.**

Der Vorstand der Gesellschaft schlägt gemäß § 108 Abs 1 AktG vor, dass die Hauptversammlung folgenden Beschluss fasse:

*„Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats wird für das Geschäftsjahr 2016 mit 470.000,00 Euro insgesamt festgelegt, wobei die Aufteilung auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats der Beschlussfassung des Aufsichtsrats vorbehalten wird. Die Taggelder für Mitglieder des Aufsichtsrats sollen 500,00 Euro je Sitzung und je teilnehmendem Mitglied des Aufsichtsrats betragen.“*

#### **5. Tagesordnungspunkt 5**

##### **Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2018.**

Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats hat dem Gesamtaufsichtsrat vorgeschlagen, PwC Wirtschaftsprüfung GmbH zum Abschlussprüfer des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses je zum 31.12.2018 zu wählen. Die in § 270 UGB und in Regel 80 des Corporate Governance Kodex angeführten Informationen hat der vorgeschlagene Abschlussprüfer erteilt, nämlich eine Bestätigung über die Befugnis zur Prüfung einer Aktiengesellschaft und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, eine nach Leistungskategorien gegliederte Aufstellung über die für das vorangegangene Geschäftsjahr von der Gesellschaft erhaltenen Gesamteinnahmen, seine Einbeziehung in das durch das Abschlussprüfer-Aufsichtsgesetz eingerichtete System der externen Qualitätssicherung (einschließlich der aufrechten Registrierung im öffentlichen Register der Abschlussprüferaufsichtsbehörde) sowie die Darlegung und Dokumentation aller Umstände, welche die Besorgnis einer Befangenheit oder Ausgeschlossenheit begründen könnten – solche liegen nicht vor –, sowie jener getroffenen Schutzmaßnahmen, um eine unabhängige und unbefangene Prüfung sicherzustellen.

*Kein Vorschlag des Vorstands.*

#### **6. Tagesordnungspunkt 6**

##### **Wahl von zwei Mitgliedern des Aufsichtsrats.**

Herr Vorstandsdirektor Dr. Johannes Peter Schuster und Herr Dr. Ernst Burger legen ihr Amt als Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft mit Wirkung der Beendigung der 18. ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft zurück.

Der Aufsichtsrat besteht gegenwärtig aus zehn von der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern und soll weiter aus zehn von der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern bestehen. Aufgrund der Beendigung der Aufsichtsratsmandate von Herrn Vorstandsdirektor Dr. Johannes Peter Schuster und Herrn Dr. Ernst Burger sind zwei Mitglieder des Aufsichtsrats zu wählen, um die Anzahl von zehn von der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern wieder zu erreichen.

Die Wahlvorschläge des Aufsichtsrats werden auf Grundlage der Anforderungen des Corporate Governance Kodex abgegeben.

Von den zur Wahl vorgeschlagenen Personen, nämlich Herrn Vorstandsdirektor Dkfm. Klemens Breuer und Herrn Dr. Burkhard Gantenbein (siehe unten), wurden die Erklärungen gemäß § 87 Abs 2 AktG abgegeben, nämlich betreffend fachlicher Qualifikation, beruflicher oder vergleichbarer Funktionen sowie dass keine Umstände vorliegen, die die Besorgnis einer Befangenheit begründen könnten. Eine entsprechende Veröffentlichung der Erklärungen gemäß § 87 Abs 2 AktG, auf die hiermit verwiesen wird, ist auf der Internetseite der Gesellschaft erfolgt.

Darüber hinaus haben die Kandidaten die Kenntnis der Regelungen der Emittenten-Compliance-Verordnung und der internen Compliance-Richtlinie von UNIQA bestätigt und erklärt, den von der Gesellschaft anerkannten Grundsätzen des Corporate Governance Kodex entsprechen zu wollen. Im Sinne der vom Aufsichtsrat festgelegten Kriterien der Unabhängigkeit haben die vorgeschlagenen Personen erklärt, unabhängig zu sein. Auf die auf der Internetseite der Gesellschaft bekannt gemachten Lebensläufe der vorgeschlagenen Personen wird verwiesen.

Die Hauptversammlung ist bei den Wahlen in nachstehender Weise an die Wahlvorschläge gebunden. Vorschläge zur Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds samt der Erklärung gemäß § 87 Abs 2 AktG für jede vorgeschlagene Person müssen spätestens am fünften Werktag vor der Hauptversammlung, dh spätestens am 19.05.2017, auf der Internetseite der Gesellschaft zugänglich gemacht werden, widrigenfalls die betreffende(n) Person(en) nicht in die Abstimmung einbezogen werden darf (dürfen). Dies gilt auch für Wahlvorschläge von Aktionären gemäß § 110 AktG, welche der Gesellschaft in Textform spätestens am 17.05.2017 zugehen müssten; hinsichtlich der Einzelheiten und Voraussetzungen für die Berücksichtigung von derartigen Wahlvorschlägen wird auf die Einladung zur 18. ordentlichen Hauptversammlung (Hinweis auf die Rechte der Aktionäre (§ 106 Z 5 AktG)) und auf die Unterlage Weitergehende Informationen zu den Aktionärsrechten gemäß §§ 109, 110 und 118 AktG/Beschlussvorschläge von Aktionären (§ 110 AktG) verwiesen.

*Kein Vorschlag des Vorstands.*